

## FORDERUNGEN

- 1.) Annerkennung der Zustände vor der Reitschule und anderswo als gesundheitspolitisches und nicht als sicherheitspolitisches Problem;
- 2.) 2. Drogenanlaufstelle mit versetzten Öffnungszeiten (Ziel 24-Stunden Angebot);
- 3.) Aufhebung der Einlassbeschränkungen (z.B. Ausserkantonale, Flüchtlinge, SansPapiers, ThunerInnen), sowie spezielle Angebote für unter 16-Jährige;
- 4.) Zusätzliche kleine dezentrale Fixerräume;
- 5.) Ausbau des Angebotes für den Bezug von sterilen Fixerutensilien;
- 6.) Ganzjährige Drogennotschlafstelle ohne Einlassbeschränkungen;
- 7.) Separates Angebot für Frauen (z.B. Drogennotschlafstelle für süchtige Sexworkerinnen);
- 8.) Krankenzimmer mit Gratisbehandlung für DrogenkonsumentInnen und andere sogenannte «Randständige»;
- 9.) Niederschwellige Wohn- und Arbeitsprojekte ohne Zwang;
- 10.) Niederschwellige Entzugsstationen (wie das frühere «Break»);
- 11.) Ausbau der Heroinabgabe;
- 12.) Zentral gelegene Gassenkneipen;
- 13.) Gratis anonyme Drogenqualitäts-Tests;
- 14.) Akzeptierende Gassenarbeit à la Kirchliche Gassenarbeit Bern statt Sozialpolizei à la Pinto;
- 15.) Keine Diskriminierung von «Gassenleuten» im öffentlichen Raum;
- 16.) Nichtanwendung des Wegweisungsartikels;
- 17.) Amnestie für Weggewiesene und Wegweisungsgebüsste;
- 18.) Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum;
- 19.) Legalisierung aller Drogen, bis dahin;
- 20.) Tolerierung Eigenanbau Gras;
- 21.) Tolerierung des Verkaufs von Outdoor-Biograss aus regionalem Anbau;
- 22.) Schaffung (provisorischer) Orte an denen zumindest Drogenkonsum und Kleinhandel toleriert werden.

### I. AUSBAU DER ANGEBOTE

Die Stadt betreibt zwar seit 2001 an der Hodlerstrasse, und davor bereits an anderer Stelle, eine Drogenanlaufstelle, dass diese aber die bestehende Nachfrage nicht decken kann, zeigt die prekäre Situation auf dem Vorplatz der Reitschule Bern nur all zu deutlich. Schliesst die Anlaufstelle um 21.30 Uhr, bleibt sie ganz geschlossen (Sonntag) oder ist sie nur für Frauen zugänglich (Montag) sammeln sich je nach Wetter 20 bis 100 Drogenabhängige auf dem Vorplatz der Reitschule, um hier unter hygienisch äusserst bedenklichen Umständen Drogen zu konsumieren, diese zu kaufen und zu verkaufen. Diese Tatsache beweist, dass das drogenpolitische Angebot für Abhängige nicht ausreichend ist. Sogar die Drogennotschlafstelle wurde im

Rahmen sozialer Kürzungen wegrationalisiert. Die zumeist christlichen Notschlafstellen, sind für Drogenabhängige aber nicht geeignet, mit den Konsequenzen, dass Betroffene teilweise gezwungen sind auf der Strasse zu bleiben oder darauf angewiesen sind bei Freunden, teils sogar bei Freiern, unterzukommen.

Um einen menschenwürdigen Umgang mit Drogenabhängigen zu gewährleisten, bedarf es mindestens einer weitem Drogenanlaufstelle sowie der Wiedereröffnung einer ganzjährig betriebenen Drogennotschlafstelle, die sich mit dem bestehenden Angebot ergänzend eine 24-Stunden-Struktur bieten. Zugänglich sollen diese für alle Betroffenen, unabhängig von Wohnort oder Alter sein. Zusätzlich müsste Raum für persönliche Betreuung und Beratung geboten werden, die nicht auf fließband-ähnliche Abfertigung beschränkt wird, wie dies in der aktuellen Situation der Fall ist. Insbesondere auf junge KonsumentInnen ist spezifisch und gezielt einzugehen.

Es muss möglich sein, Drogenabhängigen den Zugang zu sauberem Spritzenmaterial und zu ausreichend sauberen Drogen zu ermöglichen. Es kann nicht gerechtfertigt werden, dass Abhängige unter gesundheitlich derart katastrophalen Bedingungen konsumieren müssen, wie sie mit einer offenen Drogenszene automatisch einhergehen.

Es sind aber nicht nur die Konsumationsbedingungen, die in der Stadt Bern einiges zu wünschen übrig lassen. Gassenkneipen werden geschlossen und in Container oder unterirdische Räume verlegt. Drogenabhängige werden auf allen Ebenen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Sie werden aus dem öffentlichen Raum vertrieben, Nischenplätze und Rückzugsräume werden zerstört. Neben den Massnahmen, um die aktuelle Situation Drogenkonsumierender zu verbessern, sollte auch an mögliche niederschwellige Ausstiegshilfen gedacht und auch auf diesem Gebiet das Angebot verbessert bzw. ausgebaut werden.

## **II. PARADIGMENWECHSEL IN DER AKTUELLEN DROGENPOLITIK**

Die Politik der Stadt Bern beschränkt sich momentan auf lediglich eine der vier vorgesehenen Säulen der Drogenpolitik: nämlich Repression. Drogenabhängige werden im Rahmen des wild um sich greifenden Wegweisungswahns und der von der Polizei betriebenen Gassenhatz aus dem öffentlichen Raum vertrieben. Statt auf langfristig orientierte Problemlösung, setzt die Stadt Bern offenbar auf Verdrängung, welche wohl nur kurzfristig Probleme unter den Teppich zu kehren vermag. Da repressive Massnahmen aber neben aussergewöhnlich hohen Kosten keine Wirkung haben, ist auf sie zu verzichten.

Stattdessen soll der Zugang zu den Drogenanlaufstellen keinen Beschränkungen unterliegen, damit die Bedürfnisse aller befriedigt werden können, ohne dass sich dazu «Parallelstrukturen» zum öffentlichen Angebot aufbauen müssten.

Als weitere Massnahme sollten Hanfläden wieder eröffnet werden können und toleriert werden. Nicht zuletzt, um jugendliche KifferInnen von DealerInnen harter Drogen fern zu halten. Damit im Zusammenhang sollte auch der Cannabisanbau zu Eigenkonsumzwecken legalisiert werden.

Als eigentliches Ziel sollte aber die Legalisierung aller Drogen im Vordergrund stehen, um so den illegalen Drogenhandel die Grundlage zu entziehen und die Qualität konsumierter Drogen zu gewährleisten. Im Minimum sollten in der Stadt aber so genannte Dealercorners eingerichtet, an denen es erlaubt ist mit Drogen zu handeln, und der Besitz von geringen Mengen zu Zwecken des Eigenkonsums und der Konsum an sich nicht länger strafrechtlich verfolgt werden.

## **III. LANGFRISTIGE ENTLASTUNG DER REITSCHULE**

Im momentanen Klima des repressiven Vertreibungswahns, sammeln sich Drogenabhängige, was auch durchaus nachzuvollziehen ist, am Ort der geringsten Gewaltanwendung. Und dies ist in Bezug auf die Stadt Bern der Vorplatz der Reitschule. Die Stadt Bern trägt ihren erbitterten

Kampf gegen so genannt Randständige also auf dem Rücken der Reitschule aus, indem sie Drogenabhängige und andere in der Stadt nicht gern Gesehene vor das Haus treiben. Mit der Zeit hat sich die Situation auf dem Vorplatz zu einer offenen Drogenszene gewandelt. Die dadurch entstehenden Probleme, soll die Reitschule entweder alleine bewältigen oder es werden ihr eher nutzlose «HelferInnen» wie Securitas oder Pinto zur Seite gestellt bzw. die Polizei greift mit plan- und zwecklos scheinenden Aktionen «durch», um öffentlich propagieren zu können, es würde etwas gegen das Drogenproblem unternommen. Die BetreiberInnen der Reitschule können und wollen aber nicht akzeptieren, dass die Stadt ihre Drogenprobleme auf die Reitschule abschiebt und fordern die PolitikerInnen dazu auf ihre Verantwortung wahrzunehmen und entsprechende Massnahmen in Richtung einer menschenwürdigen und auf langfristige Lösungen orientierte Drogenpolitik zu ergreifen, auch um die Reitschule auf lange Sicht zu entlasten.

Gegebenenfalls ist auf Thun oder andere Städte Druck auszuüben, dass auch diese ihren Teil der Verantwortung wahrnehmen und effektiv, nicht mit lächerlichen Massnahmen, wie die Stadt Thun sie zu ergreifen sich lobt, ihrerseits zur Lösung der Drogenprobleme beitragen.

#### **IV. KURZFRISTIGE MASSNAHMEN ZUR ENTLASTUNG DER AKTUELLEN SITUATION**

Aus der Sicht der BetreiberInnen der Reitschule soll von den städtischen Behörden anerkannt bzw. öffentlich klargestellt werden, dass es sich bei den herrschenden Zuständen auf dem Vorplatz der Reitschule, um eine mittelbar durch die städtische Politik geschaffene, offene Drogenszene handelt. Um diese Situation zu entschärfen, soll es die Polizei unterlassen, Drogenabhängige aus der Stadt oder der näheren Umgebung der Reitschule auf den Vorplatz zu schicken. Bis zur Umsetzung der langfristigen Massnahmen, sind provisorische Orte einzurichten, an denen zumindest Drogenkonsum und Kleinhandel toleriert werden.

Reitschule Bern, September 2008